

1465/AB
vom 04.07.2025 zu 1989/J (XXVIII. GP)
Bundesministerium bmwet.gv.at
Wirtschaft, Energie und Tourismus

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.355.541

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1989/J-NR/2025

Wien, am 4. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat MMMag. Dr. Axel Kassegger und weitere haben am 06.05.2025 unter der **Nr. 1989/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Insolvenzen im Zusammenhang mit den staatlichen COVID-19-Maßnahmen** gerichtet.

Diese Anfrage, die sich zur Gänze auf vor meiner Amtszeit gelegene Sachverhalte bezieht, beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3

- *Wie viele Unternehmensinsolvenzen wurden in den Jahren 2019 bis einschließlich 2024 verzeichnet? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr, Branche und Bundesländer)*
- *In welchen Branchen war von 2019 bis 2024 ein auffälliger Anstieg der Insolvenzen festzustellen, der auf wirtschaftliche Schäden durch die Covid-19-Maßnahmen zurückgeführt werden kann?*
- *Wie viele dieser Insolvenzen betrafen EPUs und wie viele KMUs?*

Hierzu darf auf die Insolvenzstatistik des Kreditschutzverbandes von 1870 (KSV1870) verwiesen werden, welche unter folgendem Link abrufbar ist
<https://www.ksv.at/insolvenzstatistik/insolvenzstatistik-2024-final>.

Zur Frage 4

- *Wurden vom Ministerium Studien oder Analysen in Auftrag gegeben, die untersuchen, inwiefern ein kausaler Zusammenhang zwischen den staatlichen Covid-19-Maßnahmen und den Unternehmensinsolvenzen in den Jahren 2023 und 2024 besteht?*

Hierzu darf auf die Studie "Abschätzung des Insolvenzüberhangs und des Anteils von Unternehmen mit strukturell negativem Eigenkapital nach der COVID-19 Pandemie" verwiesen werden. Die Studie wurde allerdings bereits im Mai 2021 veröffentlicht und beinhaltet daher keine Analyse der Jahre 2023 und 2024.

Darüber hinaus ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2007/J zu verweisen.

Zu den Fragen 5 und 6

- *Wie viele Betriebe, die Corona-Hilfen erhalten haben, wurden im Nachhinein insolvent? (Bitte um Aufschlüsselung nach Förderinstrument)*
- *In wie vielen Fällen kam es bei insolvent gewordenen Unternehmen zu Rückforderungen von Corona-Hilfen?*

Dazu liegen keine statistischen Aufzeichnungen vor. Zu beachten ist, dass einerseits ein vielseitiges Angebot an Unterstützungsmaßnahmen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen existierte und andererseits Fördernehmer über Jahre hinweg hätten beobachtet werden bzw. gegenüber den Abwicklungsstellen berichtspflichtig sein müssen.

Zur Frage 7

- *Welche volkswirtschaftlichen Schäden (z.B. Wegfall von Arbeitsplätzen, Steuerverlust, reduzierte Investitionstätigkeit) ergaben sich aus den coronabedingten Unternehmensschließungen der Jahre 2020 bis 2024?*

Diesbezüglich ist auf die veröffentlichte Studie zum Thema "Makroökonomische Effekte der von der Bundesregierung im Rahmen der COVID-19-Pandemie gesetzten Maßnahmen" aus 2023 zu verweisen, die im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, dem Institut für Höhere Studien und der Universität Wien erstellt wurde.

Darüber hinaus ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2007/J zu verweisen.

Zur Frage 8

- *Welche Maßnahmen hat das Ministerium ergriffen, um betroffene Branchen nachträglich zu stabilisieren und strukturelle Insolvenzwellen abzufedern?*

Ausschlaggebend für die Insolvenzentwicklung seit 2021 waren die hohen Energie-, Rohstoff- und Personalkosten, die sehr oft nicht oder in zu geringem Ausmaß weitergegeben werden konnten. Hier wurden bereits in der Vergangenheit unterstützende Maßnahmen von der Bundesregierung getroffen. Auch das aktuelle Regierungsprogramm adressiert diese Themen gezielt.

Unter der Voraussetzung einer verbesserten konjunkturellen Lage kann ab 2026 mit einer Normalisierung der Insolvenzzahlen gerechnet werden (vgl. KMU im Fokus 2024 - www.kmuimfokus.at).

Zur Frage 9

- *Plant das Ministerium, gemeinsam mit der Statistik Austria oder wissenschaftlichen Einrichtungen eine umfassende Evaluierung der wirtschaftlichen Kollateralschäden der Covid-19-Maßnahmen durchzuführen?*

Nein.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

